

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche

zwölfmal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich

für Berlin 7 Mk. 50 Pf., ohne Votenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk., Österreich 13 Kr. 52 Hell., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Erhebung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Aug. Stegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Broadspan Street E.O.

Telegramm-Adresse: Börsekrone.

# Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Preislisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarisch

Uebersichten.

Inserations-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.

Reklametext 1 Mk.

Nummer: Amt I, Nr. 243.

Für den Monat März eröffnen wir ein besonderes Abonnement. Inwärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 3 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 2 Mark 50 Pf. — exkl. Votenlohn — bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstr. 37, entgegengenommen.

## Vom Tage.

Nach dem Ergebnis der gestrigen Reichstags- erschaftwahl im Wahlkreise Jümmenstadt ist Stichwahl zwischen Emminger (3.) und Thoma (liberal) erforderlich.

Die Oesterreichische Delegation nahm das Budget des Ministeriums des Innern sowie eine Resolution an, in der die Regierung zur Untersuchung aller auf die Währungsfrage bezüglichen Anregungen aufgefordert wird.

Wie aus Paris gemeldet wird, wird der Minister- rat morgen nachmittag die Entscheidung über das Verbleiben des Ministeriums im Amte treffen. Mehrere Mitarbeiter Briands äußerten die Ansicht, mit ihm zurückzutreten.

Der serbische Ministerrat beriet über die Erklärung des Kriegsministers, dessen Rücktritt von der serbischen Presse als die einzig mögliche Lösung in dem parlamentarischen Konflikt bezeichnet wird.

## Kabinettskrise in Paris.

Nachrichten aus Paris zufolge hat der gestern zusammenberufene Ministerrat beschlossen, sich über das Verbleiben des Ministeriums im Amte erst nach dem Leibesbegangnis des Kriegsministers Generals Drum zu entscheiden. Der Ministerrat wird zu diesem Zweck Montag nachmittag eine neue Sitzung abhalten. Die Beratung war kurz. Ministerpräsident Briand, dem sich die Minister Bidon, Dupuy und Girard anschlossen, erklärte dem Ministerrat, dass die Abdrückung der Mehrheit ihm angesichts der Schwierigkeit der dem Parlament gegenüber gestellten Probleme nicht erlaubt, im Amte zu bleiben. Er gab weiter der Vermutung Ausdruck, dass ein Teil der Mehrheit nur einen Teil seines Programms annehmen würde. Der Präsident war demgegenüber lebhaft bemüht, die Demission des Kabinetts zu verhindern, jedoch schlossen sich die meisten Minister der Ansicht Briands an.

Schon seit geraumer Zeit ist das Kabinetts-Briand der Mittelpunkt der Angriffe derjenigen gewesen, die die Combes und seine Genossen in ihren Prinzipien kein Verhängnis für die realen Bedürfnisse des Staatslebens haben und nicht begreifen können, daß neben dem schließlich doch erfolgreich beendeten Kampf gegen die Liebesgriffe der katholischen Kirche noch recht bringende andere Aufgaben ihrer Lösung harren, und ferner der Sozialisten, die dem früheren Genossen es nicht verzeihen können, daß er mit großer Sachkenntnis und lobenswerter Tapferkeit die Interessen der Allgemeinheit gegen ihre Sonderinteressen verteidigt hat. Solange der Duld des sozialistischen Terrorismus noch sichtbar war, waren alle diese Anstrengungen fruchtlos geblieben. Die Kammer scharte sich vertrauensvoll hinter den starken Mann, unter dessen Schutze sie sich sicher fühlte, sobald das Kabinetts auch nach seiner Erneuerung, die infolge der Nachwirkungen des allgemeinen Eisenbahnstreiks und behufs Durchführung wirksamer Schut-

maßregeln gegen die Streikgefahren vorgenommen wurde, aus allen Proben siegreich hervorgehen konnte. Dieser Umstand bezeugte besser als theoretische Untersuchungen, daß Aristide Briand nicht nur verstanden hatte, die für die gegenwärtige politische Lage passenden und für seine Zwecke geeigneten Männer als seine Mitarbeiter um sich zu sammeln, sondern auch, daß er, der ehemalige sozialistische Schriftsteller und Abgeordnete, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der rechte Mann am rechten Platze war und das Vertrauen einer starken Kammermehrheit in dem Sinne besaß, daß es ihm gelingen werde, der Beunruhigung und Störungen Herr zu werden, die seit Jahren ununterbrochen von sozialistischer Seite inszeniert werden und oft genug das Verkehrs- und Wirtschaftslieben der Republik schwer geschädigt haben.

In Frankreich berzigt man aber sehr leicht, und es durchaus ist nicht verwunderlich, daß an Stelle des rücksichtslosen Vertrauens sofort herbe Kritik einsetzte, als die Dinge sich nicht so glatt abwickeln wollten, als die an stetige und mühsame Kleinarbeit nicht gewöhnte Kammer erwartet hatte. Dies trat schon in den letzten Wochen herbor, nachdem sich gezeigt hatte, daß zwischen dem Programm, das der Chef des Kabinetts unter den frischen Eindrücken des Generalstreikversuchs entwickelt hatte, und der Durchführung der für erforderlich gehaltenen gesetzgeberischen Abwehrmaßnahmen ein Abstand vorhanden war, der sich immer mehr zu erweitern schien. Nunmehr ist fraglich geworden, ob Herr Briand und die von ihm berufenen Mitarbeiter überhaupt in die Lage kommen werden, auch nur dieses abgeschwächte Programm zu verwirklichen. In der Freitagssitzung der Kammer hat es nämlich wieder eine Ueberschätzung gegeben, aber eine Ueberschätzung anderer Art, als man in den letzten Monaten wiederholt erlebt hat. Während sonst immer die Mehrheit für die Tagesordnung der Regierung größer war, als zu erwarten stand, ist diesmal das Gegenteil geschehen. Für die von dem Kabinetts Briand unter Stellung der Vertrauensfrage empfohlene Tagesordnung hat sich eine Mehrheit von nur 26 Stimmen gefunden; ohne die Stimmen der Minister und der Unterstaatssekretäre wäre sie noch weit geringer ausgefallen! Es ist gleichbedeutend, daß die Regierung in einer Debatte über die Frage der Behandlung der geistlichen Orden katholischer Konfession diese schwere Einsätze ihres Ansehens erlitten hat. Die sozialistische Gefahr scheint verschwunden und damit ist den Schwärzern und Phrasenhelden wieder ein weites Feld geboten, in Kulturkampfdebatten vor den Wählern zu glänzen. Man wart Briand vor, daß die Energie, mit der er seinerzeit an der Verabschiedung und späterhin an der Durchführung des Gesetzes über die Trennung von Staat und Kirche gearbeitet hat, mehr und mehr nachzulassen begonnen habe; es gab sogar Leute, die an dem ersten Willen der Regierung, das Gesetz restlos durchzuführen, überhaupt zweifeln wollten. Dieser Zweifel war auch Gegenstand der vorerwähnten Debatte. Es wurde behauptet, daß noch zahlreiche geistliche Orden, ohne von der Regierung aufgelassen zu sein, behänden und entweder auf französischem Gebiet geblieben seien, oder aber vom Auslande her ihre Ordensstätigkeit fast uneingeschränkt weiter ausüben würden. Der Umstand, daß ein solcher Fall in dem Wahlkreise des Ministerpräsidenten, anscheinend mit gutem Grunde, festgestellt werden konnte, scheint die Situation des Kabinetts besonders schwierig gestaltet zu haben. Gewiß konnte Herr Briand sich damit entschuldigen, daß da, wo Angriffe oder Nachlässigkeiten vorgekommen seien, nicht die Regierung, sondern die Gerichte und die mit der Liquidation beauftragten Behörden verantwortlich zu machen wären. Aber er scheint doch nicht imstande gewesen zu sein, die von einem der Antragsteller, dem Abg. Malvy, aufgestellte Behauptung vollständig zu entkräften. Die Kammer hatte aber offenbar er-

wartet, daß der Ministerpräsident die erhobene Beschwerde ohne jede Einschränkung zurückweisen könnte. Jedenfalls zeigt die geringe Mehrheit, mit der der Antrag Malvy abgelehnt wurde, und die noch weit geringere Mehrheit, mit der die von der Regierung empfohlene Tagesordnung schließlich angenommen wurde, daß das Vertrauen der Kammer Briand gegenüber erheblich nachgelassen hat. Obwohl die 258 Stimmen, die im Sinne des Vertrauensvotums abgegeben wurden, eine reine republikanische Mehrheit darstellen, erscheint der Bestand des zweiten Kabinetts Briand ernstlich gefährdet. Anscheinend will Herr Briand die Stimmungen der bisherigen Regierungsparteien sondieren, ehe er einen endgültigen Entschluß faßt, der natürlich nicht lange hinausgeschoben werden könnte.

## Telegramme.

**Strasburg i. Elz., 25. Februar. (C. T. G.)** Das hiesige Schöffengericht verhandelte heute über die Privatklage der Herren des Statthalterei-Bureau's, Geheimer Regierungsrat Dr. Dieckhoff, Regierungsrat Cronau, Geheimer Regierungsrat Schneidermann, sowie des persönlichen Adjutanten des Statthalters Majors v. Danoy gegen die „Meinlich-Wechseltische Zeitung“ und benutzte den Chefredakteur dieses Blattes Alois Richter wegen Vergehens gegen § 186 des Strafgesetzbuchs zu 200 Mk. Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten.

**Budapest, 25. Februar. (C. T. G.)** Oesterreichische Delegation. In fortgesetzter Beratung des Budgets des Auswärtigen trat Marsch für den Dreihund ein, dessen Festigkeit allen Bedenken seiner Gegner, die Bedeutung dieser stärksten Friedensgarantie herabzusetzen, widerstehe. Suterlic erklärte, das Bündnis mit Italien, dessen Zurechtigkeit alle Oesterreicher wünschen, dürfe nicht mit innerpolitischen Fragen in Zusammenhang gebracht werden. Redner wandte sich darauf gegen die Angriffe auf den Heiligen Stuhl und sprach die Zuversicht aus, daß es zwischen den beiden feindlichen Lagern der kaisertreuen Bevölkerung zu einem Kompromiß kommen werde, dann erst werde die Einigung Italiens vollständig sein.

**Belgrad, 25. Februar. (C. T. G.)** Der Minister für Island Björn Jonsson hat, nachdem das Votum ein Misstrauensvotum gegen ihn angenommen, sein Entlassungsgesuch eingereicht.

**Wien, 25. Februar. (C. T. G.)** Der Fischereidampfer „Brenna“ aus Bremerhaven ist am 21. v. Mts. bei Solheimand gekentert; von der Besatzung sind sieben Mann umgekommen, unter ihnen alle Offiziere.

**Paris, 25. Februar. (C. T. G.)** Im Ministerrat erklärte Finanzminister Klotz in Uebereinstimmung mit dem Minister des Innern, daß die Verhandlungen über die marokkanische Anleihe so gut wie beendet seien. Kolonialminister Morel teilte mit, daß die gemeldeten Unruhen an der Gelsenstein-